

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzierungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Tageszeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Präßen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Kohlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“  
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterschienen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 103

Bad Schandau, Mittwoch, den 4. Mai 1927

71. Jahrgang

## Die Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz

### 1000 Wirtschaftsdelegierte in Genf.

Strenge Vorsichtsmaßnahmen für die Russen.  
Die Zusammensetzung der am Mittwoch beginnenden Tagung der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz steht nunmehr fest. An der Konferenz nehmen insgesamt 43 Staaten teil. An Nichtmitgliedern des Völkerbundes gehören die Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und die Türkei der Konferenz an. Jede Delegation ist durch fünf Delegierte sowie eine größere Anzahl von Sachverständigen vertreten, so daß mit den vom Völkerbundrat direkt zu der Wirtschaftskonferenz ernannten Delegierten und der Presse insgesamt eine Teilnehmerzahl von über 1000 Personen erreicht wird. An die organisatorischen Vorbereitungen für die Konferenz sind infolge des außerordentlich umfangreichen dokumentarischen Materials und der Vielgestaltigkeit der zu behandelnden Probleme auf den Gebieten der Industrie, des Handels, des Postwesens und der Landwirtschaft an das Generalsekretariat des Völkerbundes und insbesondere an dessen Wirtschaftsabteilung gewaltige Anforderungen gestellt worden.  
Nach den bisherigen Dispositionen wird die Eröffnungssitzung durch die Rede des Präsidenten Eymonts und die Formalitäten für die Konstituierung der drei Hauptausschüsse für Industrie, für Zoll- und Handelswesen und für landwirtschaftliche Fragen ausgefüllt werden. Die ersten Redner für die allgemeine Aussprache, die zum Wochenende abgeschlossen werden soll, sind nach der vorläufigen Reihenfolge Professor Gustav Cassel für Schweden, Runciman für England, Loucheur für Frankreich und von Siemens für Deutschland, der wahrscheinlich seine mit großem Interesse erwartete Rede am Schlusse der Vormittagsitzung oder zu Beginn der Nachmittagsitzung des Donnerstags halten wird.  
Großes Interesse wendet man in Genf der russischen Delegation zu, die auf ihrer Durchreise zur Wirtschaftskonferenz übrigens für einen Tag in Berlin weilte, wo sich zu ihrer Begrüßung der Chef der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion, Mitarbeiter der Handelsvertre-

tung sowie der russischen Botschaft eingefunden hatten. Für die russischen Delegierten in Genf sind außerordentlich strenge Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung jedes Zwischenfalles getroffen worden. Angesichts der Knappheit des Genfer Polizeipersonals werden Sicherheitsagenten aus anderen Kantonen herangezogen werden, die bereits bei den Konferenzen von Lausanne und Locarno den Überwachungsdiens ausgeführt haben.  
Allerdings wird von den schweizerischen Behörden vorausgesetzt, daß die Tätigkeit der russischen Delegierten lediglich im Rahmen ihrer Mission bleibt und daß sie auf jede kommunistische Propaganda in der Schweiz verzichten werden.

### Loucheur über die Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 3. Mai. Der erste französische Delegierte für die Weltwirtschaftskonferenz, Loucheur, beschäftigt sich heute im Journal de Genève mit den voraussichtlichen Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz. Er betont darin, daß nach den Erfahrungen der Geschichte vielfach wirtschaftliche Differenzen Ursache von Kriegen geworden seien. Zwar werde es keinesfalls möglich sein, auf der Weltwirtschaftskonferenz eine ideale Verteilung der Rohstoffe und der Waren herbeizuführen, aber es sei die Aufgabe des Völkerbundes, die Mittel zur Erreichung dieses wirtschaftlichen Ideals zu finden. Die Umgestaltung der Grenzen Europas nach dem Weltkriege habe eine weitgehende Aenderung des internationalen Handels herbeigeführt. Infolge der großen finanziellen Schwierigkeiten verschiedener europäischer Staaten besitze Amerika gegenwärtig mehr als die Hälfte des Goldes der Welt und sei der Hauptkreditgeber Europas geworden. Hierdurch seien neue Probleme für die europäische Wirtschaft aufgetaucht, die jetzt in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten auf der Konferenz geprüft werden müßten. Loucheur betont zum Schluß, daß man zweifellos auf der bevorstehenden Konferenz zu praktischen Erfolgen gelangen werde.

### Der preussische Handelsminister gegen die Uebergriffe des französischen Bergbaues im Saargebiet.

Berlin, 3. Mai. Bei der heutigen Beratung des Bergerechts im Preussischen Landtag nahm Handelsminister Dr. Schreiber das Wort. U. a. ging er auf die Besorgnisse wegen eines Uebergriffens des französischen Bergbaues von Lothringen aus in das Saargebiet ein und erklärte, daß tatsächlich an mehreren Stellen dicht an der Grenze des Saargebietes umfangreiche Schachtanlagen errichtet worden seien, woraus sich für das Saargebiet neue erhebliche Schädigungen ergeben. Außerordentlich überraschend sei, daß sich die Saarkommission damit einverstanden erklärt habe. Der Minister bezeichnete es als einen Mißbrauch, wenn die reichen Kohlenfelder des Saargebietes nicht gefördert würden, wo sie lägen, sondern sozusagen auf fremdes Gebiet verschoben würden. Wenn die Volksabstimmung zu Deutschlands Gunsten ausfalle, so habe es das Recht, die gesamten Kohlengruben vom französischen Staat zurückzukaufen. Dieses Recht umfasse auch die Kohlenvorkommen im Saargebiet, die zurzeit von französischem Boden aus abgebaut würden. Der Minister erklärte namens der Preussischen Regierung, die sich hierbei in vollem Einverständnis mit der Reichsregierung befände, daß Preußen niemals auf dieses Recht verzichten werde.

### Frankreichs Schwierigkeiten bei der Ruhrbesetzung

Ein neues Dokument.

Paris, 4. Mai. Der frühere Leiter der franko-belgischen Eisenbahregie, Braud, bereitet zurzeit ein Memoirenbuch über den Verlauf der Ruhrbesetzung vor, das zum größten Teil bereits abgeschlossen ist. Es fehlt nur noch die Vorrede, die von Poincaré geschilbert werden soll. Das Buch bringt Aufschlüsse über die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Eisenbahregie zu kämpfen hatte. An einer Stelle heißt es: „Wir kämpften mit dem Mute der Verzweiflung. Bis kurz vor der Einstellung des passiven Widerstandes tauchte angeichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten wiederholt der Gedanke auf, das Ruhrunternehmen überhaupt aufzugeben.“

### Sterrett über Aenderungsmöglichkeiten des Dawesplanes.

New York. Das frühere Mitglied des Transfer-Ausschusses, Sterrett, erklärte in der Handelskammer über den Dawesplan: Der Dawesplan sei keine Endregelung und es sei zu hoffen, daß man in nicht zu fernher Zeit zu einem umfassenden endgültigen

Abkommen gelangen werde. Die ganze Frage könne, obwohl sie leicht zu Streitigkeiten führen könnte, in freundschaftlicher Weise geregelt werden, wenn die diesbezüglichen Verhandlungen in dem richtigen Geist geführt würden. Die augenblickliche Lage verlange Geduld und Verständigungswillen.

### Englischer Protest in Hankau.

Die Kantinger Ausschreitungen.  
Der Vertreter des belgischen großbritannischen Gesandten in Hankau hat bei der hankauer Regierung formell gegen die Befetzung des britischen Konsulats und anderen britischen Eigentums durch die Südruppen in Tsching-Kiang Einspruch erhoben.  
Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, es sei jetzt eine Einigung über den Inhalt der zweiten Note, betreffend die Kantinger Ausschreitungen, zwischen den Regierungen und den belgischen Gesandten der vier beteiligten Mächte erzielt worden. Bevor die Note abgehandelt werde, solle aber noch einmal versucht werden, sich die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zu sichern, obwohl diese jetzt sehr unwahrscheinlich sei.

Weitere Kommunisteneinrichtungen in Peking.

Paris. Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacifique aus Peking sind drei weitere chinesische Kommunisten gefangen worden, so daß die Zahl der Hingerichteten auf 23 gestiegen ist. Die Verurteilungen weiterer russischer Bolschewisten zu Gefängnisstrafen und neue Hinrichtungen werden erwartet.

### Die Feuerkämpfe auf dem Yangtse.

London, 3. Mai. Wie die Admiralität berichtet, ist der Hilfsdampfer „Kiawo“ erneut auf dem Yangtse mehrmals beschossen worden. Zwei Mann wurden verwundet. Das Feuer wurde erwidert. Die Friedensverhandlungen zwischen Tschang-kaischik und Sunschuanfang sind gescheitert, da sich letzterer weigerte, gegen Tschang-kaischik, seinem Nachfolger in Schang-hai, ins Feld zu ziehen.

### Die uneinigen China-Mächte.

Nach Meldungen aus Peking hat eine neue Besprechung der Vertreter der fünf Vertragsmächte über die zweite Protestnote an Hankau abermals kein Ergebnis gezeitigt. Wie weiter gemeldet wird, hat das japanische Auswärtige Amt die Botschafter in Washington und London angewiesen, in den dortigen Außenämtern Vorstellungen zu erheben und auf die Bedeutung der Zusammenarbeit der fünf Vertragsmächte in der Frage der hankauer Zwischenfälle hinzuweisen.

### Für eilige Leser.

\* Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei Reichstagsabgeordneter Dremwig ist auf der Rückkehr von zwei aufeinander folgenden Vortragsreisen nach Berlin schwer erkrankt. Die Ärzte stellen einen Nervenzusammenbruch fest.

\* Wie aus französischer Quelle verlautet, werden im Sinne der Abmachungen vom 12. Februar die französischen Truppen Saarlands am kommenden Mittwoch verlassen haben.

\* Gestern ist ein weiteres englisches Militärflugzeug abgestürzt. Der Pilot ist seinen Verletzungen erlegen.

## Litauens Weg zur Diktatur.

Von Dr. Reinhold Jenz, Königsberg.

Das kleine Agrarland Litauen mit seinen zwei Millionen Einwohnern ist gewiß nicht berufen, in der europäischen Politik eine bedeutende Rolle zu spielen. Seine eigentümliche Stellung in der Gruppe der östlichen Randstaaten, seine sprunghafte innenpolitische Entwicklung, die neuerdings zur unverfüllten Militärdiktatur unter Ausschaltung des Parlaments geführt hat, bedingt es aber, daß man auch diesem Zwergstaate größere Beachtung zuwenden muß.

Eins steht unzweifelhaft fest, unter dem Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist mit Litauen ein Staatsgebilde geschaffen worden, ohne daß seine auf ziemlich tiefer Kulturstufe stehende Bevölkerung zur Selbstverwaltung reif war. Das erste und auch weiter nicht verunverfänglich, denn wenn Litauen auch um das Jahr 1300 als ein mächtiges Großherzogtum bestand, so kam es doch schon 1569 unter polnische und später unter russische Herrschaft, die beide kein Interesse daran hatten, die Bildung der Bevölkerung zu heben. Auch heute noch ist die Zahl der Analphabeten erstaunlich hoch. Der Klerus besitzt uneingeschränkte Macht auf dem flachen Lande, während die eigentliche Gewalt seit Dezember 1926 in den Händen der Militärführer liegt, deren Wünsche von einer Scheinregierung ausgeführt werden.

Litauens Befreiung vom russischen Joch ging während der deutschen Besetzung des Baltikums vor sich. Die im Dezember 1917 gewählte Landesversammlung bildete einen Ausschuss von 20 Mitgliedern, die sogenannte Taryba. Ihr Präsident war der Rechtsanwalt Dr. Smetona, der am 18. Februar 1918 Litauen als unabhängigen Staat mit der Hauptstadt Wilna erklärte und das Land unter den militärischen Schutz Deutschlands stellte. Am 11. Juli wählte die Taryba, — eine heute fast völlig vergessene Tatsache, — den Herzog Wilhelm von Urach, Grafen von Württemberg mit 13 Stimmen zum König von Litauen. Als Monarchie dem wilden Parteigetriebe entzogen, hätte Litauen eine gesunde Entwicklung nehmen können. Nach der Revolution in Deutschland bekannte sich auch Litauen zur Republik. Der erste Staatspräsident wurde Smetona. Er trat aber ein Jahr später zurück, betätigte sich als Schriftsteller und Professor der Universität Kauno, um erst wieder im Dezember 1926 ganz überraschend das Amt des Staatspräsidenten anzutreten.

Litauens Wirtschaftslage leidet seit Jahren unter dem förmlichen Kriegszustand mit Polen, das ihm am 3. Oktober 1917 während eines Waffenstillstandes das Wilnaer Gebiet mit seiner alten Hauptstadt Wilna entriß. Da Litauen seitdem jede Handelsbeziehung mit Polen ablehnte, ist auch heute noch die Holzflößerei auf dem Memelstrom unmöglich, die die Wirtschaftslage in Litauen, besonders aber in dem von ihm verwalteten Memelgebiete verbessern würde. Der ständige Argwohn gegen weitere polnische Eroberungsgelüste bestimmte Litauen, sich mit übermäßigen Heeresausgaben zu belasten, und hatte stets entscheidenden Einfluß auf die litauische Außenpolitik. Der Chauvinismus, der auch auf wirtschaftlichem Gebiete kein Einsehen kannte, ließ das Land immer mehr verarmen. Mitternachten herrscht und allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres 7000 Personen auswanderten.

Unter solchen Umständen mußte die Unzufriedenheit in allen Teilen der Bevölkerung wachsen. Sie richtete sich zunächst gegen den Bloß der Christlich-Demokraten, der Christlichen Arbeiterpartei und des Bauernbundes, der drei Jahre lang seine unumschränkte Herrschaft ausübte und sich dabei unter dem Schutz eines dauernden Belagerungszustandes eine arge Mißwirtschaft zuschulden kommen ließ. So ereignete es sich, daß bei den Neuwahlen zum litauischen Sejm, die im Mai 1926 stattfanden, die kleinbürgerlichen Volkssozialisten und die Sozialdemokraten ihre Mandatsziffern verdoppeln und zusammen mit den Minderheiten, die durch 5 Memelländer verstärkt wurden, eine neue Regierung bilden konnten. Damit war ein neuer Kurs eingeleitet, der Belagerungszustand wurde aufgehoben und die Minderheiten, deren Stimmen den Ausschlag gegeben hatten, wurden weniger bedrückt als bisher. Der neue Ministerpräsident Sleshevicius verstärkte das bisher lose Freundschaftsverhältnis mit Rußland, indem er am 29. September 1926 in Moskau einen Non-Aggressionsvertrag mit Rußland unterzeichnete.

Die verbesserte Lage der Minderheiten und der Vertrag mit den Sowjets, die in Litauen durch rege Propaganda sehr an Boden gewonnen hatten, erschienen den nationalistischen Kreisen, namentlich im Heere, unerträglich. In der Nacht, die den Festlichkeiten zum 60. Geburtstag des volkssozialistischen Staatspräsidenten Orinius vorausging, am 17. Dezember 1926, unternahm das Militär mit Hilfe der Tautinkai einen Putsch, der von dem Obersten Glowackis und dem Oberleutnant Plehavičius vorbereitet worden war. Tatsächlich war damit schon die Militärdiktatur errichtet, wenn sich auch die eigentlichen Führer in den Hintergrund zurückzogen und von dort aus die Handlungen der neuen Regierung bestimmten. Diese wurde gebildet von den Tautinkai, den Nationalsozialisten Smetonas, die bei